Rainer Rilling

Zur bürgerlichen Interpretation der DDR-Forschungspolitik

I

Durch die Entwicklung der sozialistischen Staaten sind nicht nur die ökonomischen, politischen und militärischen, sondern auch die (tatsächlichen und potentiellen) wissenschaftlichen Potenzen des Kapitalismus radikal beschränkt worden. Gegenwärtig leben in den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe rund ein Drittel aller Wissenschaftler der Erde und in allen sozialistischen Staaten werden Wissenschaft und Forschung außerordentlich stark gefördert[1]. Daß sich beide Seiten der eminenten Bedeutung von Wissenschaft und Forschung im Rahmen der Systemkonkurrenz bewußt sind, zeigt nicht zuletzt die wachsende Zahl bürgerlicher Untersuchungen zur Forschungspolitik der sozialistischen Staaten und speziell der UdSSR und der DDR. Ein Blick auf die Verfasser bzw. Herausgeber dieser Arbeiten zeigt, daß sie fast alle in sehr enger Beziehung zu den zwei in Frage kommenden politischen Machtzentren stehen: dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem „innerdeutschen" Ministerium. Vom Wissenschaftsministerium selbst stammt die bislang umfangreichste Untersuchung, eine „vergleichende Darstellung" über „Wissenschaft und Forschung im geteilten Deutschland" aus dem Jahr 1969, die auf zwei Große Anfragen der SPD- und der CDU/CSU-Fraktionen im Bundestag zustande kam; die SPD/FDP-Bundesregierung plant für die nächsten Jahre eine weitere Untersuchung des DDR-Wissenschaftssystems[2].

1 Einen Überblick geben G. M. Dobrov, Potential der Wissenschaft, Berlin 1971, S. 21 ff.; ders., Wissenschaftsorganisation und Effektivität, Berlin 1971, S. 1 ff., 140 ff., sowie D. Gwischiani, Wissenschaftlich-technische Revolution und Probleme der Wissenschaft, in: Sowjetwissenschaft 9/1971, S. 942—951.

2 Neben zahlreichen Veröffentlichungen im „Deutschland-Archiv" (DA) vor allem: Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, Bundesbericht Forschung II, Bonn 1967, S. 128—135; dass., Wissenschaft und Forschung im geteilten Deutschland, Bonn 1969; L. Auerbach, Industrielle Forschung und Entwicklung in Mitteldeutschland, Beilage zu „das parlament" v. 24. 4. 1968; H. Lades/C. Burrichter, Produktivkraft Wissenschaft, Hamburg 1970; M. Rexin, Die Entwicklung der Wissenschaftspolitik in der DDR, in: Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR, München 1971, S. 78—121; W. Bergsdorf, Produktionsfaktor: Wissenschaft, in: Die neue Gesellschaft 2/1968, S. 167—175; R. Rausch, Förderung und Organisation der Forschung in der DDR, in: KZfSS Sonderheft Nr. 8 (1964), S. 263—284, sowie Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Deutsche Studien" seit ca. 1967.

II

Die neueren bürgerlichen Untersuchungen sind zunächst ein interessantes Beispiel für die Modifikation, teilweise sogar für die Rücknahme der die entsprechende Literatur bis hinein in die sechziger Jahre beherrschenden These von der prinzipiellen Unvereinbarkeit von Sozialismus und Wissenschaft. Die führenden Publikationsorgane der westdeutschen „DDR-Forschung" wie etwa das „SBZ-Archiv" konzentrierten sich darauf, die von der SED vorangetriebene Durchsetzung eines Wissenschaftsverständnisses, das Wissenschaft als integriertes Moment gesellschaftlichen Praxiszusammenhangs begreift, als prinzipielle „Liquidation der Freiheit von Forschung und Lehre" zu denunzieren. Als handliche ideologische Untermauerung hielt das Humboldtsche Universitätsideal her, von dessen Grundlage aus die Wissenschaftspolitik der DDR mit dem Instrumentarium der Totalitarismustheorie kritisiert wurde. Zugleich wurde die sich aus einem solchen Wissenschaftsverständnis ergebende Forderung nach „Parteilichkeit der Wissenschaft" als grundsätzlich unvereinbar mit dem Prinzip wissenschaftlicher Objektivität dargestellt (was dem bürgerlichen Wissenschaftsverständnis ja durchaus entsprach) und als wesentliches Indiz für die These von der grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Wissenschaft und Sozialismus polemisch gegen die Wissenschaftspolitik der DDR gewendet[3]. Daneben spielte zwar auch noch die „Analyse" der „Ausplünderung" der SBZ (DDR) durch die wissenschaftlich-technisch rückständige UdSSR eine Rolle[3a], doch im wesentlichen konzentrierte man sich auf die zwei genannten Aspekte. Eine solche Einschränkung erklärt sich wesentlich daraus, daß sich breite Teile der deutschen bürgerlichen Intelligenz erstmals in ihrer Geschichte in breiter Front mit einem fundamental entgegengesetzten Wissenschaftsverständnis konfrontiert sahen; der Marxismus spielte bekanntlich auch in der Weimarer Republik im offiziellen universitären Lehr- und Forschungsbetrieb praktisch keine Rolle. Die Frontstellung gegen diese Elemente der DDR-Forschungspolitik hatte somit nicht nur die Funktion, den Entwicklungsprozeß der Wissenschaften in der DDR nachhaltig zu stören — was keineswegs erfolg-

3 Die letzten exemplarischen Veröffentlichungen für eine solche Argumentation waren W. Hofer (Hrsg.), Wissenschaft im totalen Staat, München/Bern 1964; D. Geyer (Hrsg.), Wissenschaft in kommunistischen Ländern, Tübingen 1967.

3a Exemplarisch K. Pritzel, Die Wirtschaftsintegration Mitteldeutschlands, Köln 1969, S. 43 f., 222 ff. Zwischen 1948 und 1960 erreichte die Zahl der von den sozialistischen Staaten an die UdSSR übergebenen wissenschaftlichen Dokumentationen mit 9000 nicht einmal ein Drittel der sowjetischen Leistungen. Zwischen 1952 und 1964 hielt sich die Zahl der zwischen der DDR und der UdSSR ausgetauschten Dokumentationen mit je 1600 die Waage; im selben Zeitraum besuchten ca. 3600 sowjetische und 6600 deutsche Spezialisten das Partnerland, vgl. M. Heinrich, Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der UdSSR während des ersten Fünfjahrplans der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7/1967, S. 1051, 1057.

los blieb[4] —, sondern sollte zugleich auch ihren Teil zur erneuten Etablierung und Konsolidierung der bürgerlichen Wissenschaft in der BRD beitragen.

Je mehr sich seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Erkenntnis von der ökonomischen und politischen Bedeutung von Wissenschaft und Forschung durchsetzte und eine entsprechende Wissenschaftspolitik entwickelt wurde, geriet auch das gesamte Forschungssystem der DDR in den Blick der westdeutschen „DDR-Forscher". Dabei zeigen sich deutlich zwei Linien in der Interpretation, die jedoch nicht scharf voneinander geschieden sind und auch nur teilweise zeitlich aufeinander folgen.

Die erste Interpretation geht im wesentlichen davon aus, daß die Wissenschaftspolitik der DDR die Wissenschaftsentwicklung hemme und nicht den spezifischen inneren Entwicklungsgesetzen der Wissenschaft selbst entspreche. Forschung und Entwicklung hätten bis hinein in die sechziger Jahre ein elendes „Aschenbrödeldasein"[5] geführt; die DDR habe auf diesem Gebiet eine „beispielslose Mißwirtschaft"[6] getrieben. Erst Anfang der sechziger Jahre und vor allem nach dem VII. Parteitag der SED (1967) sei die Bedeutung der Wissenschaft für eine moderne Wirtschaftsgesellschaft entdeckt worden[7]. An die Stelle jahrelanger Ignoranz sei nun eine hektische Aktivität getreten. Jetzt setzten die strenge Unterwerfung vor allem der naturwissenschaftlich-technischen Forschung unter die zentrale Planung, die Verbürokratisierung der Forschung und die straffe Ausrichtung der Forschung auf ökonomische Bedürfnisse ein, was zu einer „strukturelle(n) Diskriminierung der Grundlagenforschung und anderer nicht produktionsorientierter Forschungsaufgaben[8]" führte. Nach

4 Angesichts der umfangreichen materiellen Förderung der Intelligenz dürften ideologische Fragen wesentlich dazu beigetragen haben, daß von 1954 bis 1961 nach Angaben eines BRD-Ministeriums die DDR 770 Hochschullehrer und knapp 19 000 Techniker und Ingenieure verlor.

5 L. Auerbach, Ohne Forschung kein Fortschritt, in: SBZ-Archiv 8/1967, S. 118; ähnlich W. Bergsdorf, Primat der Ökonomie — Zur Neuprogrammierung der Forschungspolitik in der DDR, in: DA 2/1971, S. 157; ders., Produktionsfaktor, S. 167.

6 Auerbach, Fortschritt, S. 118.

7 So etwa Auerbach, Industrielle Forschung, S. 3, 5; Bergsdorf, Primat, S. 157; ders., Produktionsfaktor, S. 167; Lades-Burrichter, Produktivkraft, S. 1. Die Autoren verweisen dabei ausschließlich auf die Moskauer Weltwirtschaftskonferenz von 1962 und das SED-Parteiprogramm 1963. Die Forschungspolitik in den fünfziger Jahren wird nicht untersucht.

8 Bergsdorf, Primat, S. 163; ähnlich ders., Produktionsfaktor, S. 175, wonach die DDR auf Grundlagenforschung völlig verzichte, die dagegen in der BRD „verstärkt" gefördert werde; ebenso Auerbach, Industrielle Forschung, S. 27. Nach W. Rühle, Die Einbeziehung der Grundlagenforschung in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß (in: Wirtschaftswissenschaft 3/1968, S. 362) wurden im volkswirtschaftlichen Durchschnitt in der DDR für Erkundungs- und Grundlagenforschung ca. 11 % der gesamten FE-Ausgaben aufgewandt. In den USA lag der Anteil 1970 bei gut 10 %, in England bei 11 %; für die BRD liegen keine Angaben vor (vgl. U. Rödel, Forschungsprioritäten und technologische Entwicklung, Frankfurt 1972).

dieser Interpretation besteht zwischen einem nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebauten Planungssystem, das zugleich auf eine enge Koppelung von Wissenschaft und Produktion abzielt, und den inneren Entwicklungsgesetzen der Wissenschaft ein unauflösbarer Widerspruch. Eine sozialistische Planwirtschaft, so heißt es, sei prinzipiell zu einer breiten und schnellen Entfaltung von Forschung und Entwicklung (FE) nicht in der Lage[9]. Während früher diese „systemimmanenten Widersprüche" relativ problemlos aus vorgegebenen Leitsätzen abgeleitet wurden, die sich vorwiegend aus der restaurierten Ideologie des Liberalismus speisten, bemühen sich die neueren Untersuchungen um eine wesentlich gründlichere Aufarbeitung des empirischen Materials[10]. Frühere Ergebnisse werden nun revidiert. Nun heißt es etwa im „Deutschland-Archiv" (früher „SBZ-Archiv"): in der DDR „hat man sehr viel früher als bei uns die — wie es heißt — ‚Produktivkraft Wissenschaft' in ihrer ausschlaggebenden Bedeutung für das geistige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Überleben des eigenen Territoriums erkannt... So lief gewissermaßen die eine Hälfte Deutschlands der anderen von dannen[11]". Vor allem die konsequente Orientierung auf volkswirtschaftliche Erfordernisse, die Planung der wissenschaftlichen Arbeitsprozesse und die Heranführung der Studenten an die Forschung werden als beispiel-

9 So spricht Rausch von dem „in einem sozialistischen Plansystem offenbar typische(n) Widerstand der Betriebe und besonders der Arbeiter gegenüber der Einführung neuer Produktionsverfahren" (Rausch, Förderung, S. 276); ähnlich 4 Jahre später unter Berufung auf Rausch (!) Bergsdorf, Produktionsfaktor, S. 171 f.; ebenso Auerbach, Industrielle Forschung, S. 14: „Solange aber die wirtschaftsleitenden Organe primär auf Planerfüllung unter mehr oder weniger quantitativen Gesichtspunkten fixiert sind und in der sterilen Atmosphäre des konkurrenzlosen Monopolproduzenten agieren, also des Konkurrenzdruckes ermangeln..., werden Forschung und Entwicklung einen Fremdkörper bilden."

10 Peter Christian Ludz, der Leiter der Wissenschaftlergruppe, welche die vergleichenden „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation" verfaßt, drückt dies in einer mahnenden Kritik der „DDR-Forschung" so aus: „Die — fast (!) selbstverständliche, in der DDR-Forschung jedoch nicht immer beachtete — Voraussetzung jeder soziologischen Analyse der DDR-Gesellschaft ist einmal die ständige und intensive Beobachtung des sich wandelnden Untersuchungsgegenstandes." (!) (P. C. Ludz, Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft, in: Wissenschaft und Gesellschaft, S. 22).

11 J. Lieser, Von der Berufung unserer Zeit zur Hochschulgesetzgebung, in: DA 2/1970, S. 155. Den realen Kern dieser Feststellung zeigt z. B. die Entwicklung der FE-Ausgaben, die sich zwischen 1964 und 1971 in der DDR fast verfünffachten, während sie in der BRD nur um das Zweieinhalbfache anstiegen. Während der neue Forschungsbericht der Bundesregierung hervorhebt, daß angesichts der Ausgabenentwicklung die „Forschungslücke" der BRD gegenüber den USA geschrumpft sei, hat die DDR im selben Zeitraum die BRD zumindest eingeholt: 1971 lagen die FE-Ausgaben je Beschäftigtem in der BRD bei ca. 580 DM, in der DDR bei 645 Mark (geschätzt; vgl. Die Wirtschaft 7/1972, S. 20, sowie BMBW (Hrsg.), Bundesbericht Forschung IV, Bonn 1972, S. 228).

haft hervorgehoben[12]. Von einer prinzipiellen Unfähigkeit sozialistischer Planwirtschaften zur breiten und schnellen Entfaltung von Wissenschaft und Forschung ist jetzt nicht mehr die Rede, wenn auch an der relativen Überlegenheit monopolkapitalistischer Wissenschaftspolitik festgehalten wird.

III

Vor der Darstellung der Gemeinsamkeiten in praktisch allen Untersuchungen soll noch auf eine besondere Frage verwiesen werden. Die neueren Analysen der DDR-Forschungspolitik stehen — bewußt oder unbewußt — allesamt letztlich vor demselben Problem, daß sie nämlich unversehens die theoretische Ausgangsbasis der die entsprechende sozialwissenschaftliche Literatur seit geraumer Zeit beherrschenden Konvergenztheorie außer Kraft setzen. Diese grundlegende Annahme besteht bekanntlich darin, daß Wissenschaft und Technik als „gesellschaftsfreie" und damit systemneutrale Faktoren begriffen werden, die in beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen tendenziell absolut gesellschaftliche (vor allem auch politisch-ideologische) Entwicklungsprozesse derart bestimmen, daß sich im gesamtgesellschaftlichen Rahmen konvergierende Entwicklungstendenzen durchsetzen[13]. Wer sich freilich nun den Bereich Wissenschaft und Technik selbst zum Gegenstand der Untersuchung macht, kann eine solche „gesellschaftsfreie" Wissenschaftsentwicklung nicht länger behaupten. Wie sich die neueren Untersuchungen jetzt dieses Problems entledigen, mag auf den ersten Blick noch mehr als verschiedene Erklärungen der Konvergenztheorie selbst „als Annäherung an die marxistische Methodologie erscheinen[14]." Ausgegangen wird weiterhin von der Behauptung, daß die besondere Qualität gegenwärtiger Gesellschaften durch die einheitlichen und vereinheitlichenden Auswirkungen der Wissenschaftsentwicklung hervorgerufen und bestimmt sei; dieses mechanizistische Wirkungsschema Wissenschaft-Gesellschaft wird jedoch insofern relativiert, als eine Rückwirkung politischer, ökonomischer und sozialer Bedingungsfaktoren auf die Wissenschaftsentwicklung zugestanden wird. Das generelle Hauptproblem in den gegenwärtigen kapitalistischen wie sozialistischen Gesellschaften sei, ausgehend von der die Gesellschaftsentwicklung bestimmenden Rolle der Wissenschaft die optimale Rückwirkungs-

12 Vgl. z. B. Lieser, Von der Berufung, S. 155 ff.; ders., Das Dilemma der Nachwuchsförderung an den deutschen Hochschulen, in: DA 7/1970, S. 712 ff., sowie Rexin, Wissenschaftspolitik, S. 115 f., u. a.

13 Vgl. die ausführliche Darstellung von G. Rose, „Industriegesellschaft" und Konvergenztheorie, Berlin 1971. Aber auch Marxisten wie H. Meißner (Konvergenztheorie und Realität, Frankfurt 1971) übernehmen die Rede von den „gleichen Entwicklungstendenzen in Wissenschaft und Forschung" in den beiden Gesellschaftssystemen (S. 48).

14 G. Rose, Konvergenz der Systeme, Legende und Wirklichkeit, Köln 1970, S. 10.

variante auszumachen und durchzusetzen[15]. Eine solche Modifikation verlangt natürlich auch einen modifizierten Wissenschaftsbegriff. Lades/Burrichter etwa unterscheiden zwischen wissenschaftsexternen und wissenschaftsinternen Faktoren, wobei letztere „eben das beinhalten, was wir in der gemeinsamen Ausgangsbasis moderner Industriegesellschaften verstehen[16]", Faktoren also, die sich unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsformation durchsetzen. Die Behauptung sog. „wissenschaftsexterner" Faktoren ermöglicht, einen gesellschaftlichen Rückwirkungszusammenhang festzustellen. Sicherlich kann man davon ausgehen, daß sich in der teilweisen Revision des fraglichen theoretischen Ausgangspunktes der Konvergenztheorie indirekt die Notwendigkeit widerspiegelt, die Wissenschaft in der BRD unter das Kapital zu subsumieren, und daher ein Interesse besteht, diesen Vorgang als eigentümlich für „moderne Industriegesellschaften" auszugeben. Beide Interpretationen spiegeln nämlich recht exakt zwei aufeinanderfolgende Etappen der westdeutschen Wissenschaftspolitik wider: bis 1966—68 hatte man doch den Schein einer naturwüchsigen („freien") Wissenschaftsentwicklung aufrechtzuerhalten versucht. Dann setzte bekanntlich eine tiefgreifende Reorganisation des staatsmonopolistischen Planungs- und Leitungssystems ein, und es wurden vor allem die Hochschulen und „freien" Forschungsstätten immer vehementer den Verwertungsinteressen des Kapitals unterworfen.

IV

Alle Untersuchungen sind sich jedoch uneingeschränkt einig in folgenden Punkten:

1. Das Wissenschaftssystem der DDR ist im Innenverhältnis nicht demokratisch organisiert. Im Außenverhältnis ist die hervorragendste Funktion (für die Gesellschaftswissenschaften gilt dies ausschließend) die Herrschaftssicherung und -perpetuierung: „Die DDR-Wissenschaften haben für das technische Herrschaftswissen zu sorgen, während die politische Elite die Entscheidung sich allein vorbehält[17]."

2. Die sozialistische Planwirtschaft habe bisher den praktischen Beweis nicht erbringen können, daß sie zu einer „schnelleren" und „umfassenderen" Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Lage sei.

3. Die neueren Untersuchungen halten trotz aller Modifikationen und scheinbaren Distanzierungen an der konvergenztheoretischen Spekulation fest: die „wissenschaftsinternen Momente", die sich unabhängig von den verschiedenen Gesellschaftsordnungen durchsetzen und die Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft bestimmen,

15 Lades/Burrichter, Produktivkraft, S. 11.

16 Ebd., S. 10.

17 Ebd., S. 39; vgl. dagegen K. T. Schuon, Wissenschaft und Politik in der spätkapitalistischen Klassengesellschaft, in: Das Argument 65 (1971), bes. S. 371 ff.

könnten bewirken, „daß die Produktivkraft Wissenschaft über den Rahmen der sozialistischen Produktionsverhältnisse hinausgeht, ihn sprengt oder aber zur Konvergenz mit anderen Produktionsverhältnissen tendiert[18]". Über den konvergenztheoretischen Umweg wird hier also an der Behauptung von der Unverträglichkeit von Sozialismus und Wissenschaft wieder angeknüpft, und es ist kein Zufall, wenn in diesem Zusammenhang einmal mehr vom „Reformkommunismus"[19] die Rede ist. Dennoch ist die absolute Entgegensetzung, wie sie noch bis in die sechziger Jahre hinein charakteristisch war, verlorengegangen und hat sich zur „Möglichkeit" verflüchtigt.

V

Zweifellos befindet sich die „DDR-Forschung" gegenwärtig in einem weitgehenden Wandel. Wenn Ludz bemängelt, „daß bei Anwendung des Totalitarismuskonzepts ... das Erkenntnisobjekt mehr und mehr verfehlt worden ist[20]", wird hier mit vorsichtigen Worten ein wissenschaftstheoretisches Konzept zu Grabe getragen, dessen ideologische Wirksamkeit in den letzten Jahren rapide nachgelassen hat. Die ihm zugrunde liegende Absicht, z. B. das politisch-ökonomische System der DDR frontal und unvermittelt argumentativ „abzuschaffen"[21], verlor auch in den Köpfen seiner heftigsten Propagandisten das notwendige Minimum an Wirklichkeitsnähe. Jetzt „erfährt die Totalitarismus-Theorie im theoretischen Gesamtkonzept der DDR-Forschung eine nicht unwesentliche Relativierung", schreibt Burrichter. „Sie wird zwar nicht eliminiert — was dem Charakter der DDR-Gesellschaft nicht gerecht würde —, ihr werden aber relevante Systeme zur Seite gestellt, die funktional nicht ohne weiteres mit dem politischen System in Einklang zu bringen sind[22]."

So steht auf der einen Seite die Ergänzung des strukturellen Totalitarismus-Modells, dessen funktionaler Impetus sich allein auf das totalitär verstandene politische System orientierte, durch den umfassenden Einbezug der funktionalen Betrachtungsweise, die nur über die Systemtheorie gewährleistet sei. Das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft soll nun vermittels der Systemtheorie analysiert werden. Daneben steht — unter anderen — der „kritisch-positive" Ansatz eines P. C. Ludz, der „vor allem politische und historisch-soziale Zusammenhänge" (Ludz) aufgreifen will und

18 Lades/Burrichter, Produktivkraft, S. 64.

19 C. Burrichter, Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Beilage zu „das parlament" v. 6. 2. 1971, S. 20.

20 Ludz, Die soziologische Analyse, S. 12.

21 „Der westliche Wissenschaftler stellt heute die Gesamtheit des politisch-ökonomischen Systems der DDR bei der täglichen Analyse nicht mehr in Frage. Er informiert über die Lage, gibt vielleicht Ratschläge, die in das System passen, aber „schafft es nicht mit seinen Vorschlägen ab" (K. D. Arndt, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung), in: P. Mitzscherling u. a., DDR-Wirtschaft, Frankfurt 1971, S. 23 f.

22 Burrichter, Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, S. 14.

der „sich nur in einer Methodenvielfalt bei der Analyse der DDR-Gesellschaft einlösen[23]“ kann.

Beide scheinbar so verschiedene Ansätze setzen jedoch aufgrund ihrer engen methodologischen Verwandtschaft und Beschränkung übereinstimmend die Existenz industriegesellschaftlicher Elemente in den sozialistischen Gesellschaften voraus. Wissenschaft wird von Ladés/Burrichter „nicht nur unter Aspekten einer industriellen Gesellschaft schlechthin gesehen und verstanden, sondern zugleich als ein besonderes Instrument eines speziellen Gesellschaftssystems[24]“; Ludz wiederum betont, daß sozialistische Gesellschaften „nicht auf ihren industriegesellschaftlichen Charakter reduziert werden (können) — sie sind jedoch auch und zwar sehr wesentlich Industriegesellschaften[25]“. Eine solche Konfrontation „Industriegesellschaft-Sozialistisches System“ bleibt also weiterhin der Ausgangspunkt für Untersuchungen wie die „Materialien“ oder die „Produktivkraft Wissenschaft“. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, die Behauptung nämlich, daß sich Wissenschaft bei allen systemspezifischen Modifikationen *letztlich* unabhängig innerhalb einer existierenden Gesellschaftsformation entwickelt, wird nicht abgeleitet, sondern bleibt Behauptung.

VI

Hier aber zeigt sich ein ganz entscheidender Unterschied zum marxistischen Wissenschaftsbegriff und zur marxistischen Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft. Von seiten zahlreicher bürgerlicher Wissenschaftler wird auch gegenwärtig noch unter Wissenschaft ausschließlich ein je verschiedenes System von Begriffen, Hypothesen, Theorien etc. verstanden; eine solche Verkürzung des Wissenschaftsbegriffs auf das ideelle Produkt der wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit ist von der marxistischen Wissenschaftswissenschaft von jeher abgelehnt worden[26]. Doch seit geraumer Zeit setzt sich im bürgerlichen Wissenschaftsverständnis eine weitgehende Modifikation durch. Je mehr nämlich der Prozeß der kapitalistischen Vergesellschaftung der Wissenschaft sich beschleunigt und ausgreift, desto drängender wird „die Notwendigkeit, ja der objektive Zwang, nach gesamtgesellschaftlicher Erfassung“ und die Forderung, „daß Gesellschaft heute Wissenschaft in Dienst nehmen muß[27]“. Sofern sich jetzt (monopol-)kapitalistische Interessen an die

23 Ludz, Die soziologische Analyse, S. 15. Die Vielfalt hat freilich ihre bekannten Grenzen.

24 Lades/Burrichter, Produktivkraft, S. 2.

25 Ludz, Die soziologische Analyse, S. 14.

26 Vgl. Autorenkollektiv, Die Wissenschaft von der Wissenschaft, Berlin 1968; F. Fiedler, Die Wissenschaft als Gegenstand der Wissenschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh) 5/1968, S. 558 ff.; H. Seickert, Zur produktiven Funktion der Wissenschaft im Sozialismus, in: A. Kosing (Hrsg.), Wissenschaft und Sozialismus, Berlin 1970, S. 71 ff.; G. N. Wolkow, Soziologie der Wissenschaft, Berlin 1970, S. 164 ff.

27 Burrichter, Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, S. 19; Lades/Burrichter, Produktivkraft, S. 14.

Wissenschaft heften, wird die Hereinnahme sozialwissenschaftlicher Kategorien in die Bestimmung von Wissenschaft notwendig. In den Worten von Burrichter: „Das Wissenschaftsverständnis als Sinngebung des sozialen Verhaltens der Wissenschaftler muß als gesellschaftliche Kategorie gedacht und definiert werden[28]." Diese zu beobachtende Soziologisierung des bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses ist zwar zugleich ideologischer Reflex auf die sich entwickelnde marxistische Wissenschaftswissenschaft und insofern Indiz für deren gewachsenen ideologischen Stellenwert; die Schranken des bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses werden dadurch jedoch nicht überschritten.

Marx bezeichnet Wissenschaft als „Produkt der geistigen Arbeit[29]"; zugleich faßt er sie als besondere „Produktionssphäre"[30] und als „geistige Arbeit"[31] sowie schließlich als „Produktivkraft"[32].

Wissenschaft wird demnach zunächst als besonderer Bereich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung begriffen, in dem vorwiegend geistige Arbeit geleistet wird; sie ist als gesonderter Bereich entstanden mit der von einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte an einsetzenden Trennung körperlicher und geistiger Arbeitsfunktionen, wobei die soziale Zuordnung der Arbeitsfunktionen im wesentlichen mit der beginnenden Klassenspaltung zusammenfiel. Ebensowenig jedoch, wie das praktische Verhältnis des Menschen zum Gegenstand seiner Tätigkeit von seinem daraus erwachsenden theoretischen Verhältnis getrennt werden kann, können geistige und materielle Produktion einander absolut gegenübergestellt werden. Die Untersuchung der geistigen Produktion muß immer zugleich und vor allem die Untersuchung der materiellen Produktion mit einschließen. Um jedoch „den Zusammenhang zwischen der geistigen Produktion und der materiellen zu betrachten", schreibt Marx in den „Theorien über den Mehrwert", ist es „vor allem nötig, die letztre nicht als allgemeine Kategorie, sondern in *bestimmter historischer* Form zu fassen. Also z. B. der kapitalistischen Produktionsweise entspricht eine andre Art der geistigen Produktion als der mittelaltrigen Produktionsweise. Wird die materielle Produktion selbst nicht in ihrer *spezifischen historischen* Form gefaßt, so ist es unmöglich, das Bestimmte an der ihr entsprechenden geistigen Produktion und die Wechselwirkung beider aufzufassen[33]". Zunächst noch allgemein betrachtet, ist der Arbeitsprozeß bekanntlich „zweckmäßige Tätigkeit

28 Burrichter, Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, S. 17.

29 K. Marx, Theorien über den Mehrwert I, MEW 26, 1, Berlin 1965, S. 329. Im folgenden wird der Bereich der Gesellschaftswissenschaften ausgeklammert.

30 Marx, Theorien, S. 146.

31 K. Marx, Das Kapital III, MEW 25, Berlin 1964, S. 91 f.

32 Marx, Theorien, S. 368 etc. Zur Funktion der Wissenschaft als „Produktivkraft" vgl. A. Leisewitz in diesem Heft.

33 Marx, Theorien, S. 256 f.

zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, *vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam*[34]". Als zweckmäßige, gebrauchswertschaffende Tätigkeit vermittelt die Arbeit den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur und ist insofern ein natürliches Verhältnis. Als bloßer Vermittlungsprozeß zwischen Mensch und Natur ist die Arbeit allen Gesellschaftsformationen gemein. Im Arbeitsprozeß beziehen sich die Menschen jedoch nicht nur auf die Natur, sondern von Beginn an ebenso aufeinander, gehen gesellschaftliche Verhältnisse ein, realisieren Produktionsverhältnisse.

So haben wir auf der einen Seite die Elemente des „realen Arbeitsprozesses, die in dieser stofflichen Form allen Produktionsweisen gemeinsam, die die stofflichen Elemente jedes Produktionsprozesses sind, und mit der gesellschaftlichen Form desselben nichts zu schaffen haben[35]". Diese stofflichen Bestimmungen der Arbeit und ihres Produkts sind auf der anderen Seite zu unterscheiden von „der bestimmten gesellschaftlichen Form, den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, worin sie sich verwirklicht[36]". Der durch stoffliche Charakteristika bestimmte menschliche Arbeitsprozeß vollzieht sich immer in einer konkret-historischen gesellschaftlichen Formbestimmtheit; anhand der warenproduzierenden Arbeit hat Marx diese doppelte Bestimmtheit der Arbeit herausgearbeitet[37].

Auch bei der Untersuchung der sozialen Existenzweise und sozialen Funktion der Wissenschaft und der Rolle des Ergebnisses der wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit muß der wissenschaftliche *Arbeitsprozeß* als untrennbarer Bestandteil der Tätigkeit des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in seiner doppelten stofflichen wie ökonomischen (gesellschaftlichen) Bestimmung betrachtet werden. Unter dem Aspekt stofflicher Bestimmung unterscheiden sich sowohl die wissenschaftliche Erkenntnistätigkeit wie auch ihre Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände und das am Ende des Prozesses stehende Produkt in besonderer Weise von der materiellen Produktion. Es

34 K. Marx, Das Kapital I, MEW 23, Berlin 1962, S. 198 (Herv. d. Verf.).

35 Marx, Kapital III, S. 824 (die stofflichen Charakteristika sind nicht mit den dinglichen Elementen des Arbeitsprozesses gleichzusetzen!).

36 Marx, Theorien, S. 127; vgl. auch ders., Kapital III, S. 823, 832—834.

37 Vgl. F. Fiedler, Wissenschaftliches Erkennen und sozialistische Produktionsverhältnisse, in: DZfPh 8/1969, S. 938—953, der diese doppelte Bestimmung erstmals ausführlich in diesem Zusammenhang diskutiert. Er schreibt: „Wird nach dem N u t z e f f e k t der Arbeit in bezug auf ihr Resultat in Gestalt von Gebrauchswerten gefragt, dann wird sie unter dem Gesichtspunkt ihrer stofflichen Charakteristika zum Gegenstand der Forschung; wird aber danach gefragt, f ü r w e n gearbeitet wird, dann bezieht sich die Frage auf die ökonomische Formbestimmung. Diese Unterscheidung in eine stoffliche und eine ökonomische Seite gilt für alle Gesellschaftsformationen" (S. 944).

handelt sich zunächst um wesentlich geistig-schöpferische Tätigkeit, die auf die theoretische Aneignung des Wesens der Erscheinungen, auf die sie gerichtet ist, abzielt[38]. Sie bedient sich dabei bestimmter materieller Erkenntnismittel (z. B. wissenschaftlicher Geräte) und bringt neue Erkenntnisse hervor, die Gebrauchswert besitzen[39]. Der wissenschaftliche Arbeitsprozeß ist dabei zugleich von Beginn an ein gesellschaftlicher Prozeß und das am Ende des Arbeitsprozesses entstandene Wissen ein gesellschaftliches Produkt. „Allein auch wenn ich *wissenschaftlich* etc. tätig bin", schreibt Marx, „eine Tätigkeit, die ich selten in unmittelbarer Gemeinschaft mit andern ausführen kann, so bin ich *gesellschaftlich,* weil als *Mensch* tätig. Nicht nur das Material meiner Tätigkeit ist mir — wie selbst die Sprache, in der der Denker tätig ist — als gesellschaftliches Produkt gegeben, mein *eignes* Dasein *ist* gesellschaftliche Tätigkeit[40]." Auch in der wissenschaftlichen Produktion gehen die Arbeitenden untereinander gesellschaftliche Verhältnisse ein, realisieren Produktionsverhältnisse. Hier erscheint Gesellschaft nicht als Ergebnis nachträglicher Vergesellschaftung vormals isolierter Individuen und ist von vorneherein an den Prozeß der materiellen Produktion und Reproduktion gebunden; Wissenschaft wird somit von Beginn an als integriertes Moment eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs begriffen, dem eine konkret-historische Form und innere Struktur zukommt[41]. Die besondere Qualität der sich in der wissenschaftlichen Produktion herstellenden Verhältnisse drückt sich darin aus, ob die wissenschaftlich Arbeitenden sich die Ergebnisse ihrer Erkenntnistätigkeit selbst aneignen oder nicht. Es „handelt sich also bei der ökonomischen Form-

38 Fiedler, Wissenschaftliches Erkennen, S. 943 f.; Autorenkollektiv, Wissenschaft von der Wissenschaft, S. 33—37. H. Kusicka, W. Leupold, Industrieforschung und Ökonomie, Berlin 1966, S. 113 ff.

39 Der Gebrauchswert des Ergebnisses wissenschaftlicher Erkenntnistätigkeit besteht darin, daß durch die Erweiterung des menschlichen Wissens Voraussetzungen für eine wachsende Aneignung und Beherrschung der Natur und Gesellschaft geschaffen werden. Die Besonderheit dieses Gebrauchswerts besteht in seinem immateriellen Charakter und der daraus folgenden Tatsache, daß er nicht physisch verschleißt.

40 K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW Ergänzungsband 1. Teil, Berlin 1968, S. 538.

41 Eine solche Konzeption ist der bürgerlichen Wissenschaftssoziologie fremd, die, wenn sie nicht von vorneherein „die Wissenschaft" „der Gesellschaft" gegenüberstellt, in der Regel den Prozeß der Vergesellschaftung der Wissenschaft als bloße Summation sozialer Aktionsbeziehungen faßt und folglich vor allem die quantitativen Veränderungen in der Wissenschaft untersucht. Wissenschaft wird nicht als Teil eines gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses begriffen, in dem bestimmte Produktions- und damit vor allem Eigentums- und Klassenverhältnisse reproduziert werden (vgl. z. B. A. M. Weinberg, Probleme der Großforschung, Frankfurt 1970; H. W. Hetzler, Soziale Strukturen der organisierten Forschung, Düsseldorf 1970). Das gilt auch für den organisationssoziologischen Ansatz, vgl. R. Rytlewski, Forschung und Entwicklung im Dienste der Produktion als Organisationsproblem, in: DA Sonderheft 1970, S. 121—128.

bestimmtheit des wissenschaftlichen Erkennens um die Frage, *für wen* geforscht wird und *wer* sich die Produkte des Erkennens aneignet[42]". Nur wenn die wissenschaftliche Erkenntnistätigkeit unter dem Aspekt der ökonomischen Formbestimmtheit betrachtet wird, kann eine Aussage darüber gemacht werden, ob und inwieweit sich Wissenschaft *formationsspezifisch* entwickelt oder weiter noch: inwieweit sie sozial-ökonomischer Determination durch bestimmte Gesetzmäßigkeiten unterliegt.

Der konvergenztheoretische Ansatz beruht gerade darauf, daß er die Seite der ökonomischen Formbestimmtheit ignoriert; er beschränkt sich darauf festzustellen, daß sich in den verschiedenen Gesellschaftsformationen Übereinstimmungen in den stofflichen Charakteristika des (wissenschaftlichen) Arbeitsprozesses ergeben. Diese Seite aber hat, wie gesagt, mit der besonderen, konkret-historischen Form, in der sich der wissenschaftliche Arbeitsprozeß realisiert, nichts zu schaffen. Insofern werden auch dort, wo neuerdings modifizierende gesellschaftliche Rückwirkungen auf die Wissenschaftsentwicklung zugestanden werden, stoffliche und ökonomische Bestimmungen unzulässig miteinander verknüpft. Es handelt sich jedoch nicht nur darum, wer sich die Produkte der wissenschaftlichen Tätigkeit aneignet — eine Frage, die sich keinem der Verfasser der Untersuchungen zum DDR-Wissenschaftssystem stellt.

Als Bestandteil gesellschaftlicher Erkenntnistätigkeit und Element des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsprozesses ist die wissenschaftliche Erkenntnistätigkeit wie jede andere Tätigkeit entscheidend durch jene Gesetzmäßigkeiten, Triebkräfte und Interessen bestimmt, die sich im *Gesamt*prozeß vergesellschafteter Tätigkeit entwickeln und durchsetzen. Von „inneren Gesetzmäßigkeiten der Wissenschaftsentwicklung" zu sprechen ist dabei nur dann sinnvoll, wenn es um die allgemeinen und notwendigen Zusammenhänge in diesem Bereich gesellschaftlicher Tätigkeit geht, die von vorneherein in enger Wechselbeziehung und innerer Verflechtung mit jenen Gesetzmäßigkeiten stehen, die den gesamten Bereich gesellschaftlicher Praxis kennzeichnen[43]. Erst wenn die sozialen Triebkräfte des Prozes-

42 Fiedler, Wissenschaftliches Erkennen, S. 949.

43 Das betrifft den Aspekt der ökonomischen Formbestimmtheit. Freilich sind weder Charakter noch Bestimmungsfaktoren dieser „inneren Gesetzmäßigkeiten" zureichend geklärt. H. Seickert versteht darunter jene Gesetzmäßigkeiten, die sich im Wachstum der FE-Aufwendungen, in der Zunahme der wissenschaftlichen Tätigkeiten in der Produktion und im Eindringen neuer produktiver Elemente in die materielle Produktion zeigen, vgl. H. Seickert, Wissenschaft als Faktor ökonomischen Wachstums, in: Wirtschaftswissenschaft 3/1969, S. 337. Andere Autoren heben auf die beschleunigte Entwicklung der Wissenschaft und ihren Systemcharakter (damit verbunden die Prozesse der Differenzierung und Integration) ab. Die These von den „inneren Gesetzmäßigkeiten" verweist m. E. zunächst auf jene Determinanten der Wissenschaftsentwicklung, die aus den stofflichen Charakteristika der wissenschaftlichen Produktion resultieren, wobei dem Wirksamwerden dieser Determinanten die durch sozial-

ses der Vergesellschaftung der Wissenschaft, die Gesetzmäßigkeiten und sozialen Interessen, die ihn kennzeichnen[44], im Bewußtsein der realen Vermittlung dieses Teilbereichs durch den Gesamtprozeß der Vergesellschaftung analysiert werden, können Aussagen über eine „Konvergenz der Systeme" oder über den „gemeinsamen industriegesellschaftlichen Charakter" der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme gemacht werden — und nicht aufgrund der bloßen Feststellung offensichtlicher Übereinstimmungen in die stofflichen Charakteristika des Arbeitsprozesses. Dann wird auch die Frage nach der „Freiheit der Forschung" im Sozialismus von einer anderen Grundlage ausgehen können. Entscheidend werden dann der Grad und die Qualität der kollektiven Verfügung über den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion und der in ihn integrierten Wissenschaft und die Frage, ob und inwieweit die wissenschaftliche Erkenntnistätigkeit die sie beherrschenden Gesetzmäßigkeiten bewußt realisiert[45].

ökonomische Bestimmungsfaktoren bedingte Auswahl des Gegenstandes wissenschaftlicher Erkenntnistätigkeit vorausgesetzt ist und insofern die ökonomische Formbestimmtheit im Verhältnis von stofflichen Charakteristika und ökonomischer Formbestimmtheit als bestimmende Seite auftritt.

44 Im Falle des DDR-Wissenschaftssystems wäre z. B. zu untersuchen, ob und inwieweit die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zur sozialökonomischen Zielfunktion wissenschaftlicher Erkenntnistätigkeit geworden ist; ob als hauptsächliche soziale Triebkraft der Wissenschaftsentwicklung die Aggregation gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Interessen auf der Basis identischer Grundinteressen wirkt; weiter die Entwicklung und Durchsetzung des herrschenden Klasseninteresses (sozialistische Demokratie).

45 Es ist charakteristisch, daß die vorliegenden Untersuchungen die zahlreichen industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen aus der DDR zur Entwicklung und zu Problemen der sozialistischen Demokratie und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts völlig ignorieren. Genau sie könnten Aufschluß darüber geben, ob „vom Charakter des Systems das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft auf das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Elite reduziert" wird und es sich dabei „nicht um ein echtes korrelatives Verhältnis, sondern um ein primär einseitig betriebenes" handelt (Lades/Burrichter, Produktivkraft, S. 39) oder ob und inwieweit „die Wissenschaft wirklich in Fleisch und Blut übergegangen, ob sie vollständig und wirklich zu einem Bestandteil des Alltags geworden ist" (W. I. Lenin, Lieber weniger, aber besser, in: ders., Ausgewählte Werke, Bd. III, Berlin 1966, S. 878).